



Zur Wirtschaftslage	
Westliche Industrieländer: Beeinträchtigt restriktivere Geldpolitik die weitere Konjunktorentwicklung?	125
Bundesrepublik Deutschland: Gute Konjunktur, aber unsicheres Umfeld	131
Konsumnachfrage zum Jahresausklang ohne Dynamik	135

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 12/89

Berlin

23. März 1989

56. Jahrgang

Zur Wirtschaftslage

Westliche Industrieländer:

Beeinträchtigt restriktivere Geldpolitik die weitere Konjunktorentwicklung?

In den westlichen Industrieländern dauert die konjunkturelle Aufwärtsbewegung bereits länger als vorausgegangene Aufschwungsphasen, ohne daß gegenwärtig endogene Abschwächungstendenzen zu erkennen sind. Trotzdem ist die weitere wirtschaftliche Expansion gefährdet, weil wirtschaftspolitische Überreaktionen auf einen sich leicht verstärkenden Preisanstieg drohen. So wurde zunächst in den USA ein restriktiverer geldpolitischer Kurs eingeschlagen. Ihm folgten — wenn auch zum Teil nur zögernd — die Notenbanken anderer Länder. Die Furcht vor einer weiteren Beschleunigung des Preisauftriebs, die zu dieser Geldpolitik Anlaß gab, ist jedoch in den verschiedenen Ländern nicht im gleichen Maße begründet.

Eine gewisse Berechtigung hat sie in Ländern wie den USA und Großbritannien, wo das wirtschaftliche Wachstum 1988 kräftiger war als in den meisten anderen Volkswirtschaften, so daß sich Produktionsengpässe herausbildeten. Zwar verstärkten die Unternehmen den Kapazitätsaufbau. Jedoch steigerten sie ihre Investitionen nicht frühzeitig genug und trafen damit nicht genügend Vorsorge für ein verstärktes Wachstum.

In den meisten anderen Ländern ist die Tendenz zur Inflationsbeschleunigung weniger stark als in den USA und Großbritannien. Es besteht für sie also von dieser Seite her weniger Anlaß, einer restriktiven Geldpolitik in den USA zu folgen und die Expansion ihres Sozialprodukts zu dämpfen. Eine solche Dämpfung verschlechterte nicht nur die Bedingung für einen Abbau der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit, sondern sie stünde auch der Ver-

minderung der weiterhin beträchtlichen Leistungsbilanzsalden, also dem Defizit der USA und dem Überschuß Westeuropas — vor allem der Bundesrepublik Deutschland — und Japans, entgegen. Je mehr nämlich die Zentralbanken Westeuropas und Japans der Politik des Federal Reserve Board folgen, um so geringer ist die Wahrscheinlichkeit, daß sich ein Konjunkturgefälle zwischen den USA und den übrigen Ländern herausbildet, bei dem sich das Leistungsbilanzdefizit der USA zumindest so wie im letzten Jahr verringert.

Wenn auch die Geldpolitik in den USA im Hinblick auf die konjunkturelle Situation restriktiver sein kann als in Westeuropa und Japan, so beschwörte doch ein zunehmend restriktives Vorgehen in diesem Land ebenfalls Gefahren herauf. Nicht eine Expansionsabschwächung, sondern eine Rezession wäre dann in den USA zu befürchten. Zwar würde in diesem Fall bei sinkender Einfuhr das amerikanische Leistungsbilanzdefizit fühlbar abnehmen; dies bliebe aber nicht ohne Rückwirkungen auf die Entwicklung des Dollarkurses. Höhere amerikanische Zinssätze und ein sinkender Passivsaldo der amerikanischen Leistungsbilanz würden vermutlich zu einer Steigerung des Dollarkurses führen. Eine Abwertung der meisten anderen Währungen würde von den betroffenen Ländern vermutlich zum Anlaß für eine restriktivere Geldpolitik genommen werden. Die Zentralbanken würden damit schließlich doch dem Vorgehen in den USA folgen, und ein Konjunkturreinbruch drohte nicht nur in diesem Land, sondern auch in den anderen Volkswirtschaften.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts und der Inlandsnachfrage in den westlichen Industrieländern

Länder	Gewichte ¹⁾ 1987 in vH		B S P real			Inlandsnachfrage ²⁾ real			Preise ³⁾		
	BSP	Ausfuhr der BRD	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr								
			1987	1988	1989	1987	1988	1989	1987	1988	1989
Bundesrepublik Deutschland	9,2		1,8	3,5	2,5	3,1	4,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Frankreich	7,2	14,8	2,3	3,5	3,0	3,4	3,5	3,0	2,5	2,5	3,0
Italien	6,2	10,7	3,1	4,0	3,5	4,7	4,5	4,0	5,6	5,0	5,5
Großbritannien	5,6	10,7	4,3	5,0	2,5	4,3	8,0	3,0	4,9	6,0	6,0
Spanien	2,4	3,4	5,5	4,5	4,0	8,5	6,0	5,0	5,9	5,0	5,5
Niederlande	1,7	10,7	1,3	3,0	3,0	2,1	2,5	3,0	-0,9	0,5	1,0
Belgien	1,2	9,0	2,9	3,0	2,5	3,6	3,0	2,5	1,4	1,5	2,0
Dänemark	0,8	2,6	-0,7	0,0	1,0	-3,0	-1,0	0,5	5,1	5,0	4,0
Griechenland	0,4	1,1	-0,4	1,5	1,5	0,4	1,5	1,5	15,7	13,0	12,0
Portugal	0,3	0,9	4,7	4,0	3,0	10,6	6,0	4,5	12,1	7,0	6,5
Irland	0,2	0,5	3,1	0,5	0,5	-2,4	-3,0	-0,5	3,5	3,5	3,0
EG	35,1		2,7	3,7	2,8	3,8	4,5	2,9	3,6	3,6	3,8
EG ohne BRD	25,9		3,1	3,8	3,0	4,1	4,7	3,3	4,2	4,2	4,5
EG ohne BRD ⁴⁾		64,4	2,7	3,5	2,9	3,6	4,1	3,1	3,3	3,5	3,8
Schweiz	1,5	7,5	2,0	3,0	2,5	4,8	3,5	3,0	2,4	3,0	3,0
Schweden	1,3	3,7	2,4	2,5	2,0	3,0	3,0	2,5	5,3	5,5	5,5
Österreich	0,9	6,6	1,5	4,0	3,0	2,7	3,5	3,0	2,5	2,0	2,0
Finnland	0,7	1,4	3,8	4,5	3,5	5,9	5,0	4,0	5,2	5,0	5,0
Norwegen	0,7	1,3	0,9	0,5	2,0	-2,4	-1,0	0,0	7,3	5,0	3,5
Europäische Industrieländer	40,2		2,7	3,6	2,8	3,7	4,3	2,9	3,7	3,7	3,8
Europäische Industrieländer ohne BRD	31,0		2,9	3,7	2,9	3,9	4,4	3,2	4,2	4,2	4,4
Europäische Industrieländer ohne BRD ⁴⁾		84,8	2,5	3,4	2,8	3,5	3,9	3,0	3,4	3,5	3,7
USA	36,9	11,6	3,4	3,8	2,5	3,0	3,0	2,0	3,3	3,4	4,5
Kanada	3,4	1,1	4,0	4,5	3,0	4,7	5,5	3,0	4,3	4,0	4,5
Japan	19,5	2,5	4,5	6,0	5,0	5,2	7,5	5,5	-0,2	1,0	2,0
Außereurop. Industrieländer	59,8		3,8	4,6	3,3	3,8	4,6	3,2	2,2	2,7	3,7
Außereurop. Industrieländer ⁴⁾		15,2	3,6	4,2	2,9	3,5	3,9	2,6	2,8	3,1	4,1
Insgesamt	100,0		3,3	4,2	3,1	3,8	4,5	3,1	2,8	3,1	3,7
Insgesamt ohne BRD	90,8		3,5	4,3	3,2	3,9	4,5	3,2	2,9	3,2	3,9
Insgesamt ohne BRD ⁴⁾		100,0	2,7	3,6	2,8	3,5	3,9	2,9	3,3	3,4	3,8

1) Auf Dollarbasis. — 2) Verbrauch und Investitionen des Inlands. — 3) Deflationierungsfaktor des BSP. — 4) Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet. Für die Bundesrepublik Deutschland vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/1989.

Zwar ist es bisher noch nicht zu geldpolitischen Überreaktionen gekommen; diese Gefahr ist jedoch nicht gebannt. Sie besteht vor allem deswegen, weil in den angelsächsischen, aber auch in anderen Ländern angebotspolitische Konzepte vorherrschen. Dabei muß die Geldpolitik allein die Rolle der Nachfragedämpfung übernehmen.

In den USA ist jedoch die Regierung bestrebt, das Leistungsbilanz- und das Staatsdefizit im Zuge einer anhaltenden, nur leicht abgeschwächten gesamtwirtschaftlichen Expansion, also ohne Hinnahme einer Rezession, weiter schrittweise zu verringern. Das setzt voraus, daß die Gesamtnachfrage erheblich stärker zunimmt als die Inlandsnachfrage. Bei kräftig steigenden

Exporten und nur geringfügig zunehmenden Importen könnte sich dann das Leistungsbilanzdefizit weiter vermindern; bei überdurchschnittlich steigenden Steuereinnahmen im Zuge einer sich fortsetzenden Expansion und unterdurchschnittlich zunehmenden Staatsausgaben soll das Staatsdefizit ebenfalls weiter abgebaut werden. Zwar blieb schon im letzten Jahr die Zunahme der Inlandsnachfrage hinter der gesamtwirtschaftlichen Expansion zurück; sie verlangsamte sich aber weniger, als es für das Erreichen der gesteckten Ziele notwendig wäre. Vor allem die Zunahme des privaten Verbrauchs ist dafür noch zu hoch.

Der jetzt eingeschlagene restriktivere Kurs der Geldpolitik, der Zinssteigerungen nach sich zieht, hat zur

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Gütern und Diensten			Importe		
	1987	1988	1989	1987	1988	1989	1987	1988	1989	1987	1988	1989	1987	1988	1989
Bundesrepublik															
Deutschland	3,5	2,5	2,0	1,6	2,0	1,0	1,8	5,5	4,0	0,8	4,0	5,5	4,9	5,0	5,0
Frankreich	2,4	2,5	2,5	3,0	3,0	3,0	3,5	6,5	6,0	1,7	7,0	5,0	6,4	7,0	5,5
Italien	4,3	4,5	3,5	3,4	3,0	2,5	5,2	7,0	5,5	3,6	6,5	5,5	10,0	7,5	7,0
Großbritannien	5,1	6,0	3,0	0,9	0,0	1,0	5,5	8,5	4,5	5,5	1,0	5,0	7,3	12,0	6,0
Spanien	3,7	4,5	4,0	8,7	5,0	2,0	14,6	11,0	9,5	5,9	6,0	5,0	20,4	12,0	9,5
Niederlande	2,9	2,0	2,5	0,9	0,5	1,0	1,6	5,0	4,5	4,2	7,0	5,5	5,6	6,0	5,5
Belgien	1,9	2,5	2,5	1,0	0,5	0,5	12,8	6,0	5,0	4,6	6,0	5,0	5,7	6,0	5,0
Dänemark	-1,2	0,0	1,0	2,0	1,0	1,0	-7,4	-4,0	0,5	4,7	3,5	2,5	-2,0	1,5	1,5
Griechenland	0,5	1,0	1,0	1,3	3,0	2,5	-3,2	2,0	2,0	7,9	3,5	3,5	8,1	3,5	3,5
Portugal	6,8	5,0	3,5	1,7	3,0	2,0	19,5	10,0	7,0	10,0	7,0	6,5	23,5	11,0	8,5
Irland	0,1	0,5	1,0	-3,3	-4,5	-2,0	0,0	-3,0	0,0	13,3	11,0	6,5	4,9	7,0	5,5
EG ¹⁾	3,5	3,5	2,7	2,4	2,0	1,7	4,4	6,5	5,1	3,3	5,0	5,2	7,2	7,3	5,7
EG ohne BRD ¹⁾	3,5	3,8	2,9	2,6	2,0	2,0	5,4	6,9	5,5	4,3	5,4	5,1	8,0	8,1	6,0
Schweiz	1,6	2,5	2,0	1,8	3,0	2,5	6,7	6,0	5,0	0,7	5,0	4,5	5,4	6,0	5,0
Schweden	4,1	2,5	2,0	0,7	1,5	1,5	6,6	3,5	3,0	5,1	3,5	2,5	7,0	5,5	3,5
Österreich	2,4	3,5	3,5	0,7	0,5	1,0	1,8	5,5	4,5	1,6	9,0	6,0	4,4	8,0	6,5
Finnland	5,1	4,5	3,5	3,9	3,0	4,0	4,6	4,5	4,0	1,7	4,0	3,0	9,0	6,0	4,5
Norwegen	-2,2	-1,0	1,0	3,7	1,0	2,5	-2,4	-1,0	1,0	0,3	2,0	4,5	-6,7	-1,0	0,5
Europ. Industrieländer ¹⁾	3,4	3,4	2,7	2,3	2,1	1,8	4,4	6,2	4,9	3,1	4,9	5,1	6,7	7,0	5,5
Europ. Industrieländer ohne BRD ¹⁾	3,3	3,6	2,8	2,5	2,0	2,0	5,1	6,4	5,2	3,9	5,3	4,9	7,2	7,5	5,6
USA	2,7	2,8	2,5	2,7	-0,2	1,0	1,9	6,5	3,5	13,1	17,7	9,0	7,9	8,3	4,0
Kanada	4,7	3,5	3,0	1,6	3,0	2,0	9,6	12,0	6,0	5,9	10,0	7,0	8,6	13,0	8,0
Japan	4,2	5,0	5,0	-0,7	2,0	2,5	10,3	13,0	7,0	3,8	8,5	6,5	8,7	20,0	9,5
Außereurop. Industrieländer ¹⁾	3,3	3,5	3,3	2,0	0,5	1,4	6,1	9,7	5,2	8,8	13,4	7,8	8,2	11,7	5,8
Insgesamt ¹⁾	3,3	3,4	3,0	2,1	1,1	1,5	5,4	8,4	5,1	5,2	8,1	6,1	7,3	8,9	5,6
Insgesamt ohne BRD ¹⁾	3,3	3,5	3,1	2,2	1,0	1,6	5,8	8,6	5,2	6,1	8,9	6,2	7,7	9,5	5,7

¹⁾ Gewichte 1987 auf Dollarbasis.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet. Für die Bundesrepublik Deutschland vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/1989.

Folge, daß die Investitionen stärker getroffen werden als der private Verbrauch. Unter dem Angebotsaspekt ist dies höchst unerwünscht. Die Zunahme des privaten Verbrauchs wäre wirkungsvoller einzudämmen, wenn auf das Instrument der Steuerpolitik zurückgegriffen würde. Auch das Ziel der Haushaltskonsolidierung wäre dann schneller zu erreichen.

Ein weiteres Zurückdrängen der Inlandsnachfrage, das Raum für einen kräftig steigenden Export schüfe, führt allerdings nur dann zum Erfolg, wenn die Weltkonjunktur der erwünschten Exportzunahme nicht entgegensteht. Zwar setzt sich die weltwirtschaftliche Expansion in diesem Jahr fort, jedoch abgeschwächt. Es ist daher zu erwarten, daß sich die Erhöhung des amerikanischen Exports verlangsamt, doch dürfte er weiterhin stärker zunehmen als die Ausfuhr der anderen Länder. Es wird sich

somit in diesem Jahr nicht nur die Zunahme der Inlandsnachfrage abschwächen, sondern auch die gesamtwirtschaftliche Expansion. Produktionsengpässe dürften daher schon allein wegen der geringeren Beanspruchung der Kapazitäten verschwinden.

In Westeuropa befindet sich nur *Großbritannien* in einer Situation, in der eine wirtschaftspolitische Dämpfung der wirtschaftlichen Expansion notwendig ist. Anders als in den USA, die auf dem Wege des Abbaus des bereits vor Jahren entstandenen hohen Leistungsbilanzdefizits sind, hat sich in Großbritannien ein hoher Passivsaldo der Leistungsbilanz als Folge der in den letzten Jahren beschleunigten Expansion herausgebildet. Und während in den USA immer noch ein hohes — wenn auch tendenziell sich verringeres — Staatsdefizit hingenommen wird, erzielt der Staat in Großbritannien infolge der beachtli-

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾						
	Unternehmertätigkeit u. Vermögen			unselbständiger Arbeit						in Landeswährung			in SZR		in e.W. ³⁾	
	1987	1988	1989	1987	1988	1989	1987	1988	1989	1987	1988	1989	1987	1988	1987	1988
Bundesrepublik Deutschland	4,0	10,5	5,0	3,9	3,5	3,5	2,2	6,5	2,5	2,1	0,0	1,0	11,9	-1,6	8,2	0,8
Frankreich	6,9	11,5	11,0	3,6	4,0	4,0	4,5	7,5	7,5	1,2	0,5	1,0	5,8	-2,5	1,2	-0,5
Italien	7,3	13,5	11,5	8,9	7,0	7,0	4,1	9,0	8,0	5,7	3,0	3,5	10,3	-1,3	5,7	0,8
Großbritannien	11,6	15,5	7,5	8,0	10,0	9,0	7,5	10,0	5,0	4,1	5,0	6,5	5,5	9,6	2,8	12,7
Spanien	13,0	12,0	14,5	12,0	8,0	6,0	7,1	7,5	10,0	6,1	3,5	2,0	9,2	5,5	6,1	9,9
Niederlande	-5,1	6,5	8,0	2,6	2,0	2,0	-6,3	3,5	5,0	1,2	-1,0	-1,0	11,0	-2,4	6,7	-0,1
Belgien	9,4	6,0	5,5	1,1	4,0	4,0	6,3	3,0	3,0	-1,8	1,0	1,5	6,6	-1,4	2,0	1,0
Dänemark	-8,3	12,5	8,0	9,2	2,5	4,0	-7,6	12,5	7,0	10,0	2,5	3,0	18,1	0,2	13,2	1,5
Griechenland	12,9	16,0	14,5	12,9	13,5	13,0	13,3	14,5	12,5	13,3	12,0	11,5	6,3	2,9	1,7	1,8
Portugal	21,8	12,5	11,0	16,2	10,0	8,5	16,4	8,5	8,0	11,0	6,0	5,5	6,9	-0,2	2,8	1,8
Irland	10,6	4,0	2,5	4,8	4,0	4,0	7,3	3,5	2,0	1,7	3,5	3,5	2,4	1,9	1,7	2,4
EG ⁴⁾	6,9	11,9	9,2	5,9	5,6	5,3	3,3	7,1	5,1	2,8	1,5	2,2	9,2	0,2	5,2	2,5
EG ohne BRD ⁴⁾	7,8	12,3	10,5	6,7	6,3	6,0	3,7	7,3	6,2	3,0	2,2	2,7	7,9	1,0	3,9	3,3
Schweiz	3,2	10,5	8,5	4,9	4,0	4,0	1,2	7,5	6,0	2,8	1,0	1,5	12,5	-1,0	7,3	4,4
Schweden	4,8	8,5	10,0	8,4	8,0	7,0	2,3	6,0	7,5	5,9	5,5	5,0	7,9	5,0	4,7	4,3
Österreich	3,0	11,5	6,5	4,1	4,0	4,5	1,5	7,0	3,5	2,5	0,0	1,5	12,3	-1,5	6,3	0,0
Finnland	8,5	9,5	10,5	9,1	10,0	8,0	4,4	4,5	7,0	5,1	5,5	4,5	10,0	6,6	6,2	7,7
Norwegen	-2,8	4,0	7,5	12,0	6,0	5,0	-3,6	3,5	5,5	11,0	5,5	3,0	10,5	4,9	7,3	4,3
Europäische Industrieländer ⁴⁾	6,6	11,6	9,2	6,1	5,6	5,3	3,0	6,9	5,2	3,1	1,8	2,3	9,4	0,5	5,4	2,7
Europ. Industrieländer ohne BRD ⁴⁾	7,3	12,0	10,3	6,8	6,3	5,9	3,3	7,1	6,2	3,4	2,4	2,7	8,5	1,2	4,4	3,4
USA	7,0	6,8	7,5	7,0	7,5	7,0	3,5	2,9	5,0	3,5	3,5	4,5	-6,1	-0,4	-8,7	-5,3
Kanada	8,3	11,5	8,0	7,7	7,5	7,5	4,1	7,0	5,0	3,5	3,0	4,5	-1,6	6,7	4,7	7,7
Japan	1,4	16,5	9,0	4,0	5,0	5,5	-2,9	10,0	4,0	-0,4	-1,0	0,5	5,3	7,5	9,2	9,5
Außereurop. Industrieländer ⁴⁾	5,2	10,4	8,0	6,1	6,7	6,6	1,0	6,4	4,6	1,9	1,6	2,9	-0,8	3,9	0,7	2,8
Insgesamt ⁴⁾	5,8	10,9	8,5	6,1	6,3	6,1	2,3	6,8	5,0	2,7	1,7	2,5	5,9	1,7	3,8	2,8
Insgesamt ohne BRD ⁴⁾	6,0	11,0	8,9	6,3	6,6	6,3	2,3	6,8	5,5	2,8	2,1	2,8	4,6	2,4	2,9	3,2

1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttoeinkommens. — 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoeinkommens. — 3) Effektive Wechselkurse. — 4) Gewichtet mit 1987 Anteilen. Für 1) und 2): Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung des SZR zugrunde liegen.

Quellen: OECD, Economic Outlook. SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet. Für die Bundesrepublik Deutschland vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/1989.

chen Expansion gegenwärtig einen Überschub. Eine Eindämmung der Expansion ist in Großbritannien notwendig, weil die Zunahme der Inlandsnachfrage erheblich über die mögliche heimische Angebotsausweitung hinausgeht, so daß verstärkt auf das Auslandsangebot zurückgegriffen wird. Eine Rückführung des hohen Leistungsbilanzdefizits ist nur möglich, wenn die Expansion der Inlandsnachfrage so verlangsamt wird, daß sie hinter dem Wachstum des Produktionspotentials zurückbleibt.

Allerdings kann der dadurch gewonnene Spielraum nur dann durch verstärkten Export genutzt werden, wenn Großbritannien ausreichend wettbewerbsfähig ist. Gegen-

über vielen europäischen Währungen hat sich das britische Pfund im letzten Jahr aufgewertet. Dies war nicht zuletzt die Folge einer Zinspolitik, die unmittelbar auf eine Erhöhung der kurzfristigen Zinssätze gerichtet war. Die sich daraus ergebende Pfundaufwertung war wegen ihres inflationsdämpfenden Effekts erwünscht. Die Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft wurde dadurch aber verringert, und der britische Export nahm im letzten Jahr weniger zu als die Ausfuhr der meisten anderen Industrieländer. Zwar ist der Pfundkurs gegenüber europäischen Währungen nun wieder etwas gesunken. Die Bank von England ist jedoch bemüht, zinspolitisch einer stärkeren Pfundabwertung entgegenzuwirken. Die briti-

sche Wettbewerbsposition dürfte sich daher nicht so verbessern, daß in diesem Jahr mit einer starken Beschleunigung der Exportzunahme gerechnet werden kann.

Auch in Großbritannien liegt das Schwergewicht der wirtschaftspolitischen Dämpfung bei der Geldpolitik. Deshalb besteht auch hier die Gefahr einer geldpolitischen Übersteuerung, bei der sich die Konjunktur stärker als beabsichtigt abschwächt. Von der Steuerpolitik wird weder ein kontraktiver noch ein nennenswerter expansiver Effekt ausgehen. Eine erneute Steuerentlastung größeren Umfangs, die zunächst ins Auge gefaßt war, ist unterblieben. Die Inlandsnachfrage wird somit von dieser Seite nicht angeregt.

Die gesamtwirtschaftliche Expansion dürfte sich in diesem Jahr erheblich abschwächen. Der bisher rasch expandierende private Verbrauch und die ebenfalls stark gestiegenen Anlageinvestitionen werden langsamer zunehmen. Infolgedessen wird auch der Import schwächer steigen. Dagegen ist mit einer leicht beschleunigten Exportzunahme zu rechnen. Das Leistungsbilanzdefizit wird sich aber nur wenig ändern. Bei spürbar verlangsamtem Wirtschaftswachstum dürfte sich die Arbeitslosigkeit kaum noch verringern.

In *Frankreich* zeigt die Konjunktur keine Anzeichen von Überhitzung. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts betrug 1988 etwa 3,5 vH. Dabei gelang es, den Kosten- und Preisaufrtrieb unter Kontrolle zu halten; die Differenz zur Entwicklung der Verbraucherpreise beim wichtigsten Handelspartner — der Bundesrepublik Deutschland — hat sich weiter verringert und betrug zuletzt weniger als 1 vH-Punkt.

Getragen wurde das Wachstum von allen Nachfragekomponenten. Die sich seit mehreren Jahren verbessernde Ertragslage, vor allem aber die rege Nachfrage aus dem Inland und Ausland sowie die damit zunehmende Kapazitätsauslastung haben die Anlageinvestitionen nunmehr kräftig steigen lassen. Auch die private und die öffentliche Bautätigkeit haben sich spürbar erholt.

Da die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um etwa 2 vH zunahmen und die Sparquote leicht zurückging, konnte sich der private Verbrauch um etwa 2,5 vH erhöhen.

Wegen der traditionellen Exportschwäche der französischen Wirtschaft ist von besonderer Bedeutung, daß es 1988 erstmals seit Jahren zu einer kräftigen Exportzunahme kam. Allerdings stiegen die Importe in etwa gleichem Tempo, und das Defizit der Leistungsbilanz hat sich nur wenig verringert.

Insgesamt ist die Konstellation der ökonomischen Daten jedoch wesentlich günstiger als in den letzten Jahren. Der interne Kostenauftrieb ist weiter verhalten, die lebhafte Investitionstätigkeit setzt sich fort, und die Arbeitsmarktlage hat sich seit einigen Monaten verbessert: Die Beschäftigung nahm zu, und die Arbeitslosenquote sank.

Die Wirtschaftspolitik ist 1989 darauf bedacht, die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft zu erhalten. Im Gegensatz zu früheren Jahren ist man sich bewußt, daß nur ein stabiler Franc-Kurs den Import von Inflation begrenzen kann. Der wirtschaftspolitische Konsolidierungskurs wird daher fortgesetzt. Das Haushaltsdefizit wird wohl etwas verringert werden, und die Geldmengenexpansion (M2) dürfte mit einer Steigerung von 5 vH im Jahresdurchschnitt im Hinblick auf die internationale Situation eher knapp ausfallen.

Das Wirtschaftswachstum wird sich 1989 nur wenig abschwächen. Die gegenwärtig hohen Auftragsbestände und die gute Auslastung der Kapazitäten lassen eine lebhafte Entwicklung der Konjunktur als gesichert erscheinen. Die Finanzierung der Unternehmensinvestitionen wird durch die Senkung der Körperschaftsteuer für nicht ausgeschüttete Gewinne weiter gefördert. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, die Exporte mindestens im Tempo der Importe zu steigern. Während die interne Kostenentwicklung hierfür gute Voraussetzungen bietet, gibt es offensichtlich immer noch strukturelle und Marketing-Probleme in der Exportwirtschaft.

In *Italien* wuchs die Wirtschaft im letzten Jahr etwas schneller als in Frankreich und traf in Teilbereichen bereits auf Angebotsengpässe. Entgegen den Absichtserklärungen der Regierung konnte das staatliche Defizit nicht gesenkt werden, während die Notenbank durch eine vorsichtig restriktive Geldpolitik versuchte, den monetären Mantel eng zu halten und so die Inflation weiter einzudämmen. Allerdings hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise 1988 nicht mehr verlangsamt, sondern wieder etwas erhöht und liegt weiterhin über dem Durchschnitt bei den wichtigsten Handelspartnern. Die anhaltend kräftige Nachfrage der privaten Haushalte hat den Preisdruck erhöht. Sollten die Gewerkschaften ihre in den letzten Jahren moderate Lohnpolitik aufgrund des stärkeren Anstiegs der Verbraucherpreise revidieren, wäre die Stabilisierung der gesamten Preis- und Kostenentwicklung gefährdet. Einem verstärkten Preisanstieg wirken allerdings die Kapazitätseffekte der kräftigen Investitionstätigkeit in den letzten Jahren entgegen, die sich gegenwärtig fortsetzt.

Nicht nur die Inlands-, sondern auch die Auslandsnachfrage war und ist sehr kräftig. Die Exporte dürften 1988 mit real 6,5 bis 7 vH fast ebenso schnell wie die Importe zugenommen haben. Dabei war der Exportanstieg teilweise durch Kapazitätsengpässe begrenzt.

Die Beschäftigung nahm deutlich zu; dagegen verharrte die Arbeitslosigkeit — bei einem großen Anteil arbeitsloser Jugendlicher — auf hohem Niveau. Insgesamt sind von der Wirtschaftspolitik keine wesentlichen Änderungen zu erwarten. Ähnlich wie in wichtigen Partnerländern wird sich das Wirtschaftswachstum auch in Italien 1989 nur geringfügig verlangsamen. Auftragsbestände und Absatzaussichten sowie eine gute Ertragslage der Unternehmen lassen eine weiter lebhafte Entwicklung

aller Nachfragekomponenten erwarten. Ein voraussichtlich etwas stärkerer Preisanstieg und eine etwas verringerte Zunahme der Auslandsnachfrage werden allerdings das Leistungsbilanzdefizit eher wieder steigen lassen.

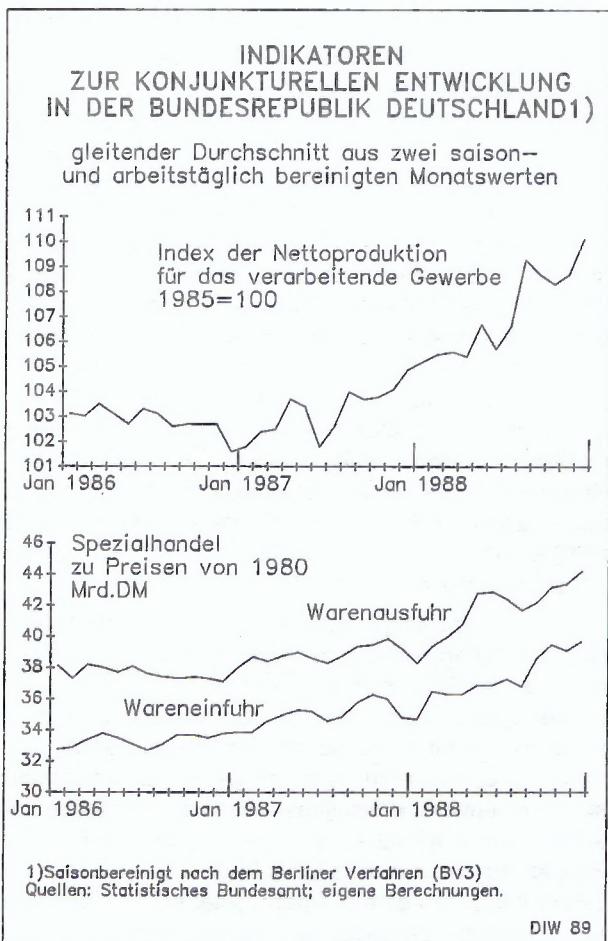
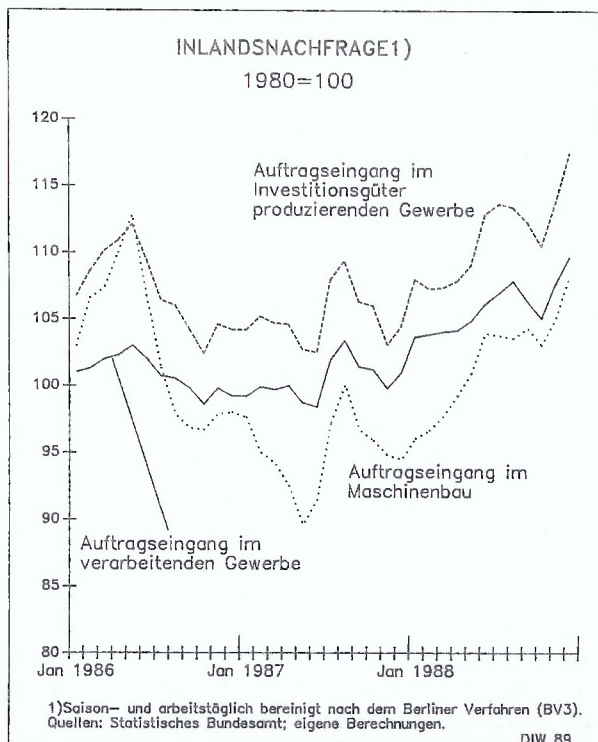
In den *anderen westeuropäischen Ländern* haben sich die Wirtschaftsaussichten in den letzten Monaten nicht wesentlich verändert. Vor allem die Wirtschaft Spaniens wird weiter kräftig expandieren, ohne daß es zu dem befürchteten inflationären Schub kommen wird. Die kleineren Länder werden in erheblichem Maß durch die großen europäischen Volkswirtschaften beeinflußt. Bisher ist es zu keinen einschneidenden außenwirtschaftlichen Problemen in diesen Ländern gekommen. Die Aussichten für eine sich fortsetzende konjunkturelle Aufwärtsbewegung sind daher auch für 1989 gegeben. Dabei wird die Beschäftigung weiter zunehmen, während sich die Arbeitslosigkeit nur sehr allmählich verringert.

In *Japan* haben sich die geldpolitischen Instanzen bei relativ stabilem Yen bisher nicht veranlaßt gesehen, einen restriktiveren Kurs einzuschlagen. Sie standen damit im Gegensatz zu den Notenbanken anderer Länder und haben den weltwirtschaftlichen Erfordernissen besser entsprochen. In jüngster Zeit gibt es aber auch hier Anzeichen für eine Kurskorrektur aus Sorge vor einem stärkeren Preisauftrieb. Diese Befürchtungen erscheinen indessen als wenig begründet. Auch wenn die positiven Einflüsse der Yen-Aufwertung auf die Preisentwicklung mit der Stabilisierung des Wechselkurs entfallen sind, war

der Anstieg der Verbraucherpreise bis zuletzt außerordentlich gering; die Großhandelspreise sind sogar weiter zurückgegangen. Infolge der guten Geschäftslage der Unternehmen werden die Einkommen der abhängig Beschäftigten 1989 zwar etwas rascher zunehmen als im vergangenen Jahr, ein merklicher Kostendruck wird davon aber wegen der günstigen Produktivitätsentwicklung, die mit der kräftigen Expansion der Unternehmensinvestitionen im Zusammenhang steht, nicht ausgehen. Gegen eine konjunkturelle Überhitzung spricht auch, daß die finanzpolitischen Planungen für das kommende Haushaltsjahr nochmals einen relativ geringen Ausgabenanstieg vorsehen und die Investitionen der Unternehmen nun wieder eine langsamere Gangart annehmen. Die Abschwächung in der Zunahme der Binnennachfrage wird allerdings dazu beitragen, daß sich der Leistungsbilanzüberschuß in diesem Jahr kaum noch verringert. Ungünstig für die Preisentwicklung dürfte sich allerdings die Einführung der allgemeinen Verbrauchsteuer, einer Art Mehrwertsteuer, im April dieses Jahres auswirken. Der Einführungssatz ist mit 3 vH indes gering, zudem sind mit der Beseitigung einer Reihe von spezifischen Verbrauchsteuern auch Entlastungen zu erwarten. Damit — unerwünschte — realwirtschaftliche Wirkungen einer Änderung des Steuersystems vermieden werden, müßte die Geldpolitik freilich dafür sorgen, daß sich der mit der Einführung der Verbrauchsteuer einhergehende, unvermeidbare Preiseffekt auch durchsetzen kann, und dürfte nicht auf eine Dämpfung, wie sie gegenwärtig bereits diskutiert wird, hinwirken.

Bundesrepublik Deutschland: Gute Konjunktur, aber unsicheres Umfeld

Die konjunkturelle Situation in der Bundesrepublik Deutschland hat sich zur Jahreswende weiter verbessert. Nimmt man die Monate Dezember und Januar zusammen, dann sind sowohl die Produktion als auch die Auftragseingänge in der Industrie von dem schon erreichten hohen Niveau aus saisonbereinigt weiter deutlich gestiegen. Im Drei-Monatszeitraum November bis Januar übertraf die Nettoproduktion den entsprechenden Vorjahresstand um 5 vH, das Volumen der Auftragseingänge sogar um 8 vH. Die Unternehmen reagieren auf den Nachfrageschub mit einer lebhaften Nachfrage nach Sachkapital *und* nach Arbeitskräften. Die Inlandsaufträge beim Investitionsgütergewerbe sind in den letzten sechs statistisch belegten Monaten (August bis Januar) um fast 7 vH gegenüber der gleichen Vorjahreszeit gestiegen, im Dezember und Januar allein um 10 vH. Daneben hat auch das Baugewerbe in den letzten Monaten erneut einen positiven Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geleistet. Hier ist die Nachfrage seit dem Sommer 1988 aufwärtsgerichtet, und die Produktion ist — noch mehr als



im vergleichbaren Vorjahreszeitraum durch die Witterung begünstigt — kräftig gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen sank seit dem Sommer 1988 saisonbereinigt um über 200 000; im Januar und Februar dieses Jahres blieb sie um 200 000 unter dem Vorjahresstand.

So erfreulich diese Entwicklung für sich genommen ist und so wichtig eine Fortsetzung der Expansion insbesondere für eine durchgreifende Entlastung des Arbeitsmarktes wäre: Sie darf den Blick nicht dafür verstellen, daß die Entwicklung nach wie vor von beträchtlichen Risiken begleitet ist. Dies nicht nur wegen der alten Faustregel, die besagt, entscheidende Ursache des Abschwungs sei der Aufschwung, sondern auch wegen des internationalen Umfeldes, mit dem die Wirtschaft der Bundesrepublik durch Kapital- und Gütermärkte eng verbunden ist.

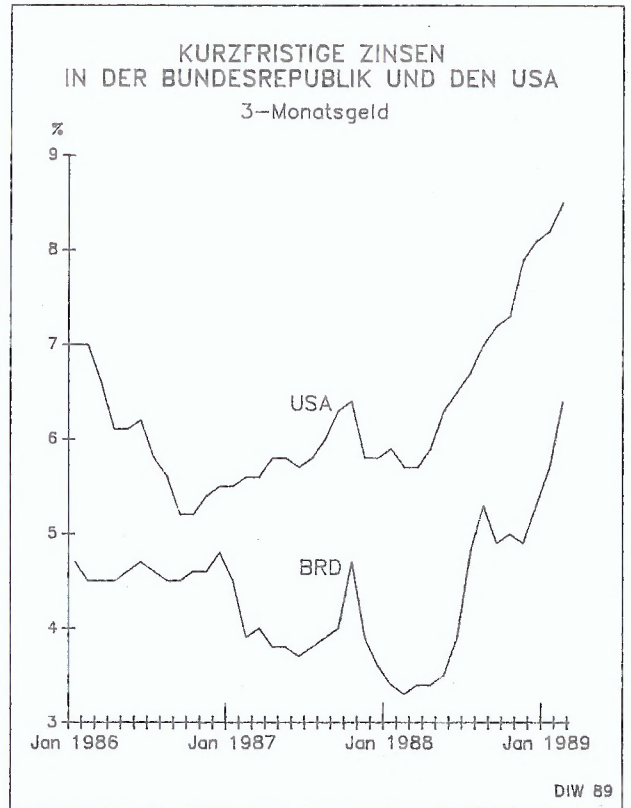
Das typische Erklärungsmuster für einen oberen konjunkturellen Wendepunkt, also das Umkippen des Aufschwungs, ist eine zunehmende Auslastung der Sachkapazitäten, die mit einer Anspannung am Arbeitsmarkt einhergeht; beide schaffen das Klima für eine Beschleunigung der Preis- und Lohnerhöhungen. Das ruft in der Regel die Geldpolitik auf den Plan, die durch eine Verknappung des Geldangebots und steigende Zinsen die Ausgabefreudigkeit von Konsumenten und Investoren zu

bremsten versucht und dabei häufig den Abschwung einleitet. Die Ambivalenz der Situation der Bundesrepublik besteht darin, daß sie sich diesem Muster in mancher Hinsicht nähert, in anderer aber noch sehr weit davon entfernt ist.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Auslastung der Sachkapazitäten zur Jahreswende 1988/89 sehr hoch ist. Das führt zu zusätzlicher Nachfrage nach Arbeitskräften und Kapitalgütern; auf längere Sicht bringt dies Entlastung für die hohe Beanspruchung der Kapazitäten und eröffnet der immer noch großen Zahl von Arbeitssuchenden neue Chancen. Beide Effekte hat die Wirtschaftspolitik angestrebt, sollte sie also nunmehr voll zum Zuge kommen lassen. Dabei spricht einiges dafür, daß die Elastizität der Produktionskapazitäten bei dem jetzt erreichten Investitionstempo höher ist als häufig angenommen, und daß die Unternehmen sich nun auch verstärkt um die Qualifizierung von Arbeitskräften bemühen.

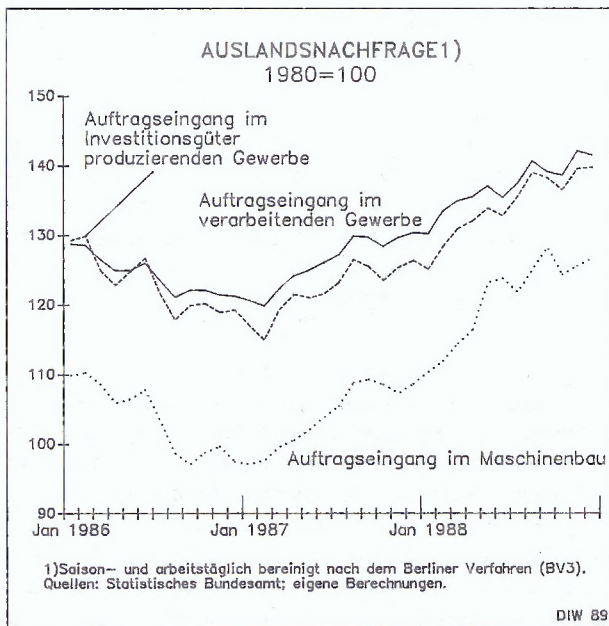
Doch ist es unwahrscheinlich, daß der Übergang auf einen höheren Wachstumspfad völlig reibungslos verläuft und die Preisseite unberührt bleibt. Gewisse konjunkturelle Preissteigerungen, die den Unternehmen die Verknappung der Kapazitäten signalisieren, darf man nicht von vornherein zu unterbinden versuchen, wenn man die vergrößerten Wachstumschancen haben will. Eine restriktive Geldpolitik kann in dieser Lage Inflationsgefahren nicht abwehren, ohne neue Risiken zu schaffen.

Eine konjunkturelle Anspannung, die in ihren Symptomen früheren Hochkonjunktoren gleicht, wird indes durch die noch geringe Beanspruchung des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik verhindert. Trotz der Einzelmeldungen über Arbeitskräftemangel liegen hier noch erhebliche Reserven brach. Wie das Ifo-Institut im Januar dieses Jahres ermittelte, berichten nur 4 vH der Unter-



nehmen in der Industrie über eine Behinderung der Produktion infolge eines Mangels an qualifizierten Arbeitskräften. Das ist ein — gemessen an früheren Aufschwungsphasen — sehr niedriger Wert; er lag in früheren Aufschwungsphasen der Industrie zwischen 35 und 50 vH. Auch die — trotz steigender Tendenz — noch relativ geringe Zahl gemeldeter offener Stellen spricht nicht für einen Engpaß am Arbeitsmarkt. Schätzungen über die absolute Höhe offener Arbeitsplätze, wie sie jüngst in der Diskussion auftauchten, sind kaum interpretierbar, solange weder der genaue Status solcher „Stellen“, noch eine historische Vergleichsbasis dafür vorliegt. Wie hoch hätte eine solche Schätzung der Zahl der offenen Stellen in einer Zeit ausfallen müssen, in der, wie etwa 1970, die Unternehmen trotz minimaler Vermittlungschancen bei einem leergefegten Arbeitsmarkt (100 000 Arbeitslose) den Arbeitsämtern 800 000 offene Stellen meldeten?

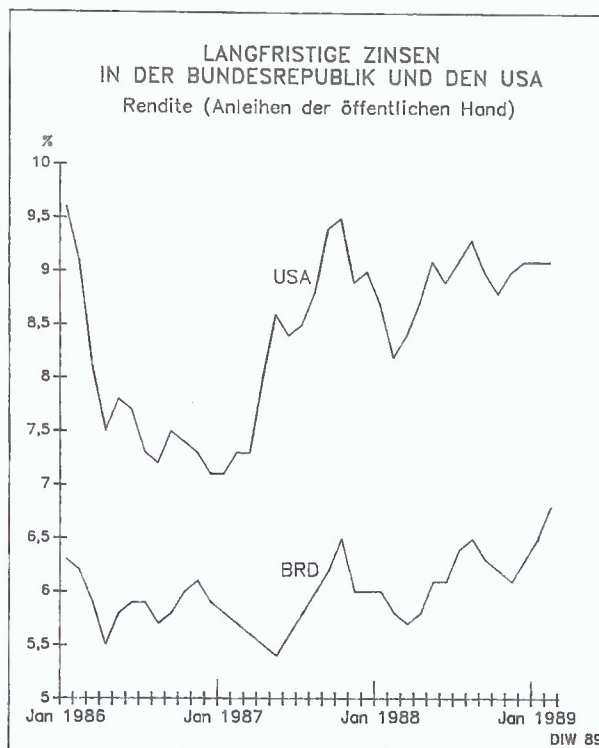
Risiken für die konjunkturelle Entwicklung liegen nach wie vor in der engen internationalen Einbindung. Zwar erlaubt sie eine Expansion der Nachfrage über die kurzfristig verfügbaren Kapazitäten hinaus, weil die Bundesrepublik ein chronisch zu nennendes „Importdefizit“ aufweist und es daher aus internationaler Sicht erwünscht ist, wenn vermehrt Investitions- und Verbrauchsgüter importiert würden; die enge Bindung des deutschen Marktes an die internationalen Kapitalmärkte kann die Geldpolitik jedoch daran hindern, einer solchen Entwicklung freien Lauf zu lassen.



Die konjunkturelle Lage der Bundesrepublik ist auch deswegen nicht leicht in frühere Muster von Konjunkturzyklen einzuordnen, weil neben dem immer noch großen Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt auch die fortbestehenden außenwirtschaftlichen Überschüsse untypisch sind. Der Überschuß in der Leistungsbilanz wird in diesem Jahr aller Voraussicht nach real wie nominal wieder steigen, nachdem 1987 und 1988 eine leichte reale Abschwächung verzeichnet worden war. Die derzeit gute Konjunktur erhielt eben die entscheidenden Impulse wiederum von der Auslandsnachfrage. Wie das Schaubild „Auslandsnachfrage“ zeigt, expandieren die Aufträge aus dem Ausland seit Anfang 1987 nahezu ungebrochen und überschreiten (in der Volumensrechnung) Anfang dieses Jahres den damaligen Stand um mehr als 15 vH. Ob und inwieweit die Handelspartner nun die abermalige Vergrößerung der Ungleichgewichte hinnehmen, ist eine offene Frage. Klar ist jedoch, daß die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik zumindest alles unterlassen sollte, was zur Vergrößerung der Überschüsse beitragen könnte.

Für die Geldpolitik könnte die enge Einbindung in die internationalen Finanzmärkte aber bedeuten, daß sie sich gezwungen sieht, das eigentlich Falsche zu tun. Sie gerät nämlich immer mehr in ein Dilemma, weil die USA — wie im Auslandsteil dargelegt — angesichts des hohen Beschäftigungsgrades und leicht steigender Inflationsraten eine zunehmend restriktive Geldpolitik betreiben. Die Zinsen am kurzen Ende des Marktes sind seit Mitte 1988 steil gestiegen und haben nahezu das Niveau der langfristigen Zinsen erreicht (Schaubild). Diese für den Übergang zu einer restriktiven Politik typische Zinskonstellation zwingt die Bundesbank dann zu einer Anpassung an die US-Zinsen, wenn sie nicht gleichmütig gegenüber der Kursentwicklung D-Mark/Dollar sein kann. Diese Bedingung ist jedoch nicht erfüllt, da sich keine eindeutigen Aufwertungserwartungen für die D-Mark an den Devisenmärkten herausgebildet haben. Eine Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar würde aber die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen wie auch den Import von Preissteigerungen weiter vergrößern. Daher sieht sich — angesichts der möglichen Folgen einer erneuten Abwertung der D-Mark — die Geldpolitik im Moment gezwungen, sich dem amerikanischen Zinsniveau zu nähern. Die der Entwicklung in den USA folgende restriktive Politik der Bundesbank vermindert aber tendenziell die inländische Absorption und behindert auf diese Weise den Abbau des Leistungsbilanzüberschusses. Es gibt bei dieser Konstellation offensichtlich keine „richtige“ Lösung.

Um so wichtiger ist es, daß im Rahmen der internationalen Koordinierungsbemühungen alles getan wird, um einen weltweiten Zinserhöhungswettlauf zu vermeiden. Das ist freilich schwierig, weil die USA und Kanada schwer dazu zu bewegen sind, denn sie sind hinsichtlich ihrer Arbeitsmarktsituation in einer viel besseren Lage als die meisten europäischen Länder. Jetzt zeigt sich, wie



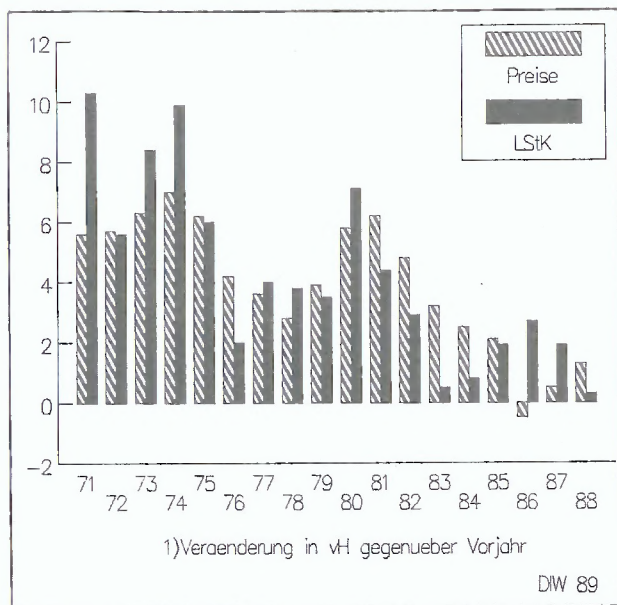
risikoreich und folgenschwer es war, in den Jahren der starken D-Mark-Aufwertung von Anfang 1985 bis Ende 1987 auf eine konsequent expansive Geld- und Finanzpolitik zu verzichten.

Hinzu kommt, daß die Finanzpolitik den internationalen Anpassungsprozeß ohne Not dadurch behindert, daß sie die interne Absorption der Bundesrepublik durch Steuererhöhungen und Defizitabbau vermindert. Gerade die außenwirtschaftliche Orientierung der Geldpolitik spräche dafür, mehr für die Zunahme der Inlandsausgaben und damit für den Abbau des Importdefizits zu tun. Das Ziel einer Entlastung des deutschen Kapitalmarktes kann jedenfalls nicht als Argument für den verschärften Konsolidierungskurs genommen werden, wenn die Bundesbank aus Gründen der Wechselkursstabilisierung den Zinsanstieg weiter treibt. Zum gleichen Zins könnte ja bei einer großzügigeren Geldangebotsausweitung¹ eine größere Geld- und Kapitalnachfrage befriedigt werden, ohne daß private Investoren verdrängt würden.

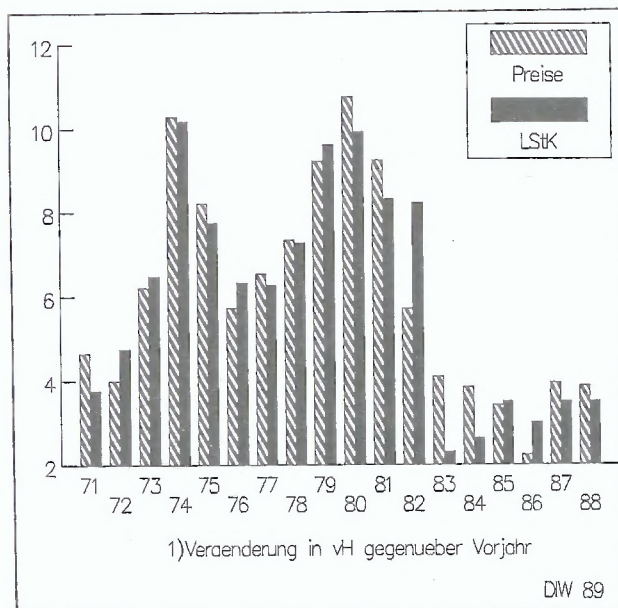
Verfehlt war die Entscheidung der Finanzpolitik, indirekte Steuern zu erhöhen aber auch deshalb, weil damit ein Preiseffekt erzeugt wurde, der genau in eine vorhersehbare Phase der Erhöhung der Preissteigerungsraten fiel. Seit Mitte der achtziger Jahre bestand bei nahezu allen Beobachtern kein Zweifel, daß nach dem Auslaufen

¹ Zu den Gründen für eine dennoch scheinbar „zu starke“ Geldmengenexpansion siehe: Geld- und Kapitalmärkte im Zeichen steigender Zinsen. Bearb.: Reinhard Pohl. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 11/1989.

Preisentwicklung und Lohnstückkosten
in der Bundesrepublik Deutschland¹⁾



Preisentwicklung und Lohnstückkosten
in den USA¹⁾



des außergewöhnlichen Importpreissrückganges die Preissteigerungsrate sich auf einem Niveau normalisieren würde, das etwa der inländischen Kostenentwicklung entsprach. Der Anstieg der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft ist aber in den letzten Jahren immer geringer geworden und dürfte sich 1989 bei knapp 2 vH einpendeln, wie das Schaubild „Preisentwicklung und Lohnstückkosten“ zeigt. Dieser erwartete Normalisierungsprozeß wird nunmehr von der Steuererhöhung überlagert, die erhebliche Irritationen erzeugt. Für sich gesehen ist die Steuererhöhung zwar nicht inflationsträchtig, wenn alle — Geldpolitik und Lohnpolitik — sie als das nehmen, was sie ist, nämlich eine *einmalige* Verteilungsänderung zugunsten des Staates. Aber in der politischen Diskussion werden die Dinge oft nicht differenziert genug behandelt. Daher ist sowohl ein unnötiges Gegensteuern der Geldpolitik wie eine ungerechtfertigte Antizipation höherer Preissteigerungen durch die Tarifpartner nicht ausgeschlossen.

Um es zu verdeutlichen: Es gibt auch zu Beginn des Jahres 1989 keinen Anlaß, eine wirkliche Inflationsbeschleunigung in der Bundesrepublik zu fürchten und/oder als Gefahr an die Wand zu malen. Außer in Phasen extremer Importpreisschwankungen hat es in der Bundesrepublik immer einen klaren Zusammenhang zwischen Kosten- und Preisentwicklung gegeben. Die Preise reagieren, wie das Schaubild zeigt, lediglich recht träge auf Veränderungen der Kostensituation in beiden Richtungen². Eine Beschleunigung des Preisauftriebs hat es ohne Kostenbeschleunigung nicht gegeben. Man täte den Tarifpartnern in der Bundesrepublik sicher unrecht, wenn man eine restriktive geldpolitische Strategie einschläge, die, schon lange bevor die Möglichkeit einer

lohnpolitischen Fehlreaktion besteht (erst im Jahre 1990 wird der Großteil der Verträge neu ausgehandelt), unterstellt, daß nur unter Androhung einer Rezessionspolitik vernünftiges tarifpolitisches Verhalten erwartet werden kann.

Eine Vorbelastung für die zukünftigen Tarifverhandlungen ist sicherlich die in den letzten Jahren ständig zugunsten der Unternehmen verbesserte Verteilungssituation. Die Gewerkschaften sollten jedoch nicht darauf setzen, daß die Unternehmen im Hinblick auf diesen Gewinnpuffer von Preiserhöhungen in Reaktion auf wesentlich höhere Lohnsteigerungen Abstand nehmen würden. Bei hoher Kapazitätsauslastung ist ein solches Verhalten nicht zu erwarten. Daher wäre bei übermäßigen Lohnsteigerungen der Konflikt mit der Geldpolitik programmiert, den die Gewerkschaften nicht erfolgreich beenden können, weil er in höherer Arbeitslosigkeit enden muß.

Insgesamt gesehen korrespondiert in der Bundesrepublik derzeit eine ausgezeichnete Lage mit problematischer gewordenen Rahmenbedingungen. Nimmt man den, besser als von vielen erwartet, gelungenen Start in dieses Jahr und die Wirkung restriktiverer Geldpolitik zusammen, dann mag 1989 mit etwa 2½ vH eine gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate, wie in den ursprünglichen Prognosen enthalten, möglich sein. Gleichzeitig vergrößert sich aber das Gewicht der ungelösten Probleme und baut neuen wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf auf.

² Ähnliches gilt auch für die USA, wo wegen des geringeren Gewichts von Importeinflüssen der Zusammenhang wesentlich enger ist (Schaubild).

Konsumnachfrage zum Jahresausklang ohne Dynamik

Der private Verbrauch

in der Bundesrepublik Deutschland im vierten Quartal 1988¹

Nach der starken Expansion der Konsumnachfrage im dritten Quartal des vergangenen Jahres war im letzten Jahresviertel die Ausweitung des Verbrauchsvolumens — mit saisonbereinigt rund 0,5 vH — deutlich schwächer. Auch im Vorjahresvergleich (+1,2 vH) wird die Abschwächung des Wachstumstempos sichtbar, wenngleich die Rate wegen der hohen Basis vom Jahresendquartal 1987 schon etwas gedrückt ist. Vor allem das schleppende Weihnachtsgeschäft, das in den meisten Einzelhandelsunternehmen hinter den Erwartungen zurückblieb, verhinderte ein besseres Quartalsergebnis. Zwischen realer und nominaler Entwicklung gab es erneut keine größere Abweichung. Ähnlich wie im vorangegangenen Quartal dämpften rückläufige Importgüterpreise (Kraftstoffe, Heizöl) einen stärkeren inländischen Preisanstieg; der Vorjahresabstand (+1,6 vH) war etwa so groß wie im dritten Jahresviertel.

Die noch im letzten Herbst für den realen Konsum erwartete Jahreswachstumsrate von 3 vH² wurde aufgrund der mäßigen Entwicklung im vierten Quartal nicht erreicht. Für 1988 steht nunmehr ein Zuwachs von 2,5 vH zu Buche, der — anders als in den beiden Jahren zuvor — unter dem des realen Bruttosozialprodukts liegt. Aus der leichten Verstärkung des Preisanstiegs im Jahresverlauf — noch im ersten Quartal war der Abstand zum Vorjahr geringer als 1 vH — resultierte im Jahresdurchschnitt eine Zuwachsrate von 1,3 vH. Auch 1988 war damit wie 1986 und 1987 ein Jahr hoher Preisstabilität.

Etwas stärker als der private Verbrauch insgesamt expandierte der Umsatz des Einzelhandels. Im Berichtszeitraum übertraf er das Niveau vom Vorquartal nominal wie real um rund 1 vH; im Vergleich zum Vorjahr (nominal: +1,7 vH, real: +1,3 vH) dagegen war der Zuwachs niedriger als im Durchschnitt der ersten drei Quartale. Für das Jahr ergab sich eine Zunahme des realen Umsatzes von 3,2 vH, nach 3,5 vH in den beiden Jahren davor.

Bedarfsbereiche

Mit einer Rate von 0,5 vH expandierten die Ausgaben für *Nahrungs- und Genußmittel* noch etwas schwächer als die Gesamtausgaben der privaten Haushalte. Da sich der starke Preisauftrieb vom dritten Quartal (1,9 vH gegenüber dem Vorquartal) nicht fortsetzte, war auch in realer Rechnung ein leichtes Plus zu verzeichnen. Trotz dieses mäßigen Jahresausklangs steht im ganzen Jahr 1988 für diesen Verwendungszweck ein kräftiger Anstieg von real 3,2 vH zu Buche, der deutlich über dem allgemeinen Verbrauchswachstum liegt.

Die längere Zeit insgesamt günstige Preisentwicklung bei Nahrungs- und Genußmitteln war im Jahre 1987 und im ersten Halbjahr 1988 durch Rückgänge gekennzeichnet; im Durchschnitt des Jahres 1988 ergab sich Preisstabilität (+0,2 vH).

Die seit dem vergangenen Frühjahr im Verwendungszweck *Kleidung und Schuhe* zu beobachtende Nachfrageschwäche hielt auch im Berichtszeitraum an. Das Niveau vom vorangegangenen Jahresviertel wurde real um rund 2 vH verfehlt. Die Nachfrage nach Schuhen ging deutlich zurück; der entsprechende Einzelhandelszweig büßte — gemessen am preisbereinigten Umsatz — gegenüber dem dritten Quartal mehr als 6 vH ein. Entscheidend für diese Entwicklung war das milde Wetter, das auch den Absatz von Winterbekleidung fühlbar hemmte. Im Jahresergebnis 1988 ergab sich in diesem Verwendungszweck in realer Rechnung Stagnation (+0,3 vH).

Die beschleunigte Ausweitung der Ausgaben für *Wohnungsmieten* seit Mitte letzten Jahres hat sich fortgesetzt. Im Jahresendquartal war ein Anstieg um fast 2 vH zu registrieren, im Vorjahresvergleich waren es rund 6 vH. Das höhere Tempo spiegelt die Mietpreisentwicklung; war der Preisindex für Mieten noch im ersten Quartal 1988 nur um 2 vH höher als im Jahr zuvor, so betrug der Abstand in der Berichtsperiode schon fast 3,5 vH. Dies schlägt sich auch im Ergebnis für das Jahr 1988 nieder: Während die reale Ausgabensteigerung mit 2,3 vH genau auf der Entwicklungslinie der beiden vorhergehenden Jahre liegt, hebt sich die nominale Veränderung von rund 5 vH sichtlich von den entsprechenden Vorjahresergebnissen ab.

Überaus kräftig expandierte die reale Nachfrage im Verwendungsbereich *Haushaltsenergie* im letzten Quartal 1988 (11 vH). Dies ist um so bemerkenswerter, als schon im dritten Jahresviertel die Nachfrage stark angezogen hatte. Wesentlich bestimmt wurde diese Entwicklung von den lebhaften Heizölkäufen zum Jahresende; ausschlaggebend dafür war, daß die Verbraucher vor der Erhöhung der Heizölsteuer zu Beginn dieses Jahres ihre Vorräte aufstocken wollten. Im Vorjahresvergleich macht sich dies — über das ganze Quartal gerechnet — in einem realen Plus von 14 vH bemerkbar. Trotz der hohen Vorratskäufe blieben den privaten Haushalten Mehraufwendungen für

¹ Analysiert werden in diesem Bericht — soweit nicht anders gekennzeichnet — saison- und arbeitstäglich bereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV3) vorgenommen.

² Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1988. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 43/1988, S. 565 ff.

Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland

Verwendungszwecke	1988	1987 IV	Ursprungswerte 1988				1987 IV	Saisonbereinigte Werte ⁶⁾ 1988				
			I	II	III	IV ⁷⁾		I	II	III	IV ⁷⁾	
Mrd. DM zu jeweiligen Preisen												
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	250,83	64,89	59,37	61,29	63,17	67,00	61,3	62,9	61,5	63,0	63,3	
Kleidung, Schuhe	98,43	31,57	21,68	23,51	22,42	30,82	25,1	25,2	24,5	24,4	24,3	
Wohnungsmieten ²⁾	181,79	43,81	44,80	45,03	45,58	46,38	44,0	44,5	45,0	45,7	46,6	
Haushaltsenergie ³⁾	49,79	13,35	13,76	11,28	11,13	13,62	12,9	11,9	12,1	12,5	13,1	
Haushaltsführung	106,82	29,84	25,22	25,41	25,46	30,73	26,2	26,7	26,2	26,9	27,0	
Gesundheits- u. Körperpflege	56,74	13,86	13,85	13,92	14,14	14,83	13,6	13,9	14,0	14,3	14,6	
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	179,12	45,14	41,28	47,83	44,94	45,07	44,9	44,5	44,5	45,3	44,8	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	113,73	32,80	26,91	25,75	27,29	33,78	28,1	28,7	27,6	28,5	29,0	
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	81,42	20,36	18,60	20,14	21,06	21,62	19,6	19,8	20,2	20,6	20,9	
Privater Verbrauch ⁵⁾	1 157,19	303,85	272,88	283,26	288,75	312,30	285,2	287,3	285,3	291,0	293,3	
Veränderung in vH gegenüber												
Vorjahr												
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	3,5	2,1	5,6	1,3	3,9	3,3	0,9	2,6	-2,1	2,4	0,5	
Kleidung, Schuhe	1,7	6,0	8,5	1,8	1,4	-2,4	4,1	0,3	-2,6	-0,4	-0,7	
Wohnungsmieten ²⁾	4,9	4,2	4,3	4,4	5,0	5,9	1,0	1,2	1,1	1,6	1,8	
Haushaltsenergie ³⁾	-2,5	6,3	-5,8	-2,4	-3,6	2,0	-1,6	-7,9	2,4	3,3	4,3	
Haushaltsführung	5,3	6,6	9,1	3,8	5,8	3,0	2,6	2,2	-2,2	2,9	0,4	
Gesundheits- u. Körperpflege	6,7	4,6	6,8	6,4	6,7	7,0	1,9	1,9	1,2	1,7	2,1	
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	2,8	8,6	7,5	1,2	3,3	-0,2	2,0	-0,9	-0,1	1,9	-1,1	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	4,5	5,3	9,6	2,0	3,9	3,0	2,9	2,0	-3,7	3,1	1,9	
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	6,7	9,1	7,3	6,8	6,8	6,2	1,6	0,9	2,0	1,9	1,5	
Privater Verbrauch ⁵⁾	3,9	5,7	6,2	2,8	4,1	2,8	1,9	0,8	-0,7	2,0	0,8	
Vorquartal												
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	3,5	2,1	5,6	1,3	3,9	3,3	0,9	2,6	-2,1	2,4	0,5	
Kleidung, Schuhe	1,7	6,0	8,5	1,8	1,4	-2,4	4,1	0,3	-2,6	-0,4	-0,7	
Wohnungsmieten ²⁾	4,9	4,2	4,3	4,4	5,0	5,9	1,0	1,2	1,1	1,6	1,8	
Haushaltsenergie ³⁾	-2,5	6,3	-5,8	-2,4	-3,6	2,0	-1,6	-7,9	2,4	3,3	4,3	
Haushaltsführung	5,3	6,6	9,1	3,8	5,8	3,0	2,6	2,2	-2,2	2,9	0,4	
Gesundheits- u. Körperpflege	6,7	4,6	6,8	6,4	6,7	7,0	1,9	1,9	1,2	1,7	2,1	
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	2,8	8,6	7,5	1,2	3,3	-0,2	2,0	-0,9	-0,1	1,9	-1,1	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	4,5	5,3	9,6	2,0	3,9	3,0	2,9	2,0	-3,7	3,1	1,9	
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	6,7	9,1	7,3	6,8	6,8	6,2	1,6	0,9	2,0	1,9	1,5	
Privater Verbrauch ⁵⁾	3,9	5,7	6,2	2,8	4,1	2,8	1,9	0,8	-0,7	2,0	0,8	
Mrd. DM zu Preisen von 1980												
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	214,43	56,19	50,77	52,68	53,63	57,35	52,6	53,9	53,2	53,6	53,7	
Kleidung, Schuhe	79,69	25,80	17,64	19,04	18,16	24,85	20,5	20,6	19,9	19,8	19,4	
Wohnungsmieten ²⁾	138,46	34,01	34,54	34,51	34,60	34,81	34,1	34,3	34,5	34,7	34,9	
Haushaltsenergie ³⁾	48,68	12,70	12,93	10,91	11,09	13,75	12,6	11,4	11,4	12,2	13,6	
Haushaltsführung	87,53	24,71	20,76	20,85	20,84	25,08	21,6	22,0	21,5	22,1	22,0	
Gesundheits- u. Körperpflege	44,31	10,96	10,91	10,89	11,05	11,46	10,8	11,0	11,0	11,1	11,3	
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	149,71	37,88	35,14	39,94	37,39	37,24	37,8	37,6	37,3	37,8	37,1	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	97,49	28,39	22,95	22,05	23,57	28,92	24,2	24,6	23,8	24,5	24,7	
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	61,80	15,81	14,25	15,34	15,91	16,30	15,2	15,2	15,4	15,6	15,7	
Privater Verbrauch ⁵⁾	949,19	253,02	225,71	231,67	235,86	255,95	236,6	237,7	234,0	238,3	239,1	
Veränderung in vH gegenüber												
Vorjahr												
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	3,2	2,9	5,7	2,8	2,7	2,1	1,0	2,6	-1,3	0,6	0,3	
Kleidung, Schuhe	0,3	4,7	7,0	0,3	0,1	-3,7	3,5	0,4	-3,2	-0,6	-1,9	
Wohnungsmieten ²⁾	2,3	2,2	2,3	2,2	2,4	2,4	0,6	0,6	0,5	0,6	0,5	
Haushaltsenergie ³⁾	-0,5	8,9	-4,3	-3,5	-2,8	8,3	0,1	-9,8	0,5	6,8	11,1	
Haushaltsführung	3,9	5,4	7,6	2,4	4,7	1,5	2,3	1,9	-2,6	2,8	-0,5	
Gesundheits- u. Körperpflege	4,9	3,4	5,6	4,6	4,9	4,6	1,4	1,9	0,4	1,4	1,0	
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	1,6	5,6	5,9	1,3	1,5	-1,7	1,6	-0,6	-0,7	1,2	-1,7	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	3,6	4,6	8,4	1,4	3,4	1,9	2,5	1,9	-3,5	2,8	0,8	
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	3,1	5,8	3,1	2,7	3,6	3,1	1,0	0,1	1,1	1,3	0,8	
Privater Verbrauch ⁵⁾	2,5	4,7	5,3	1,4	2,5	1,2	1,8	0,5	-1,6	1,8	0,4	
Vorquartal												
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	3,2	2,9	5,7	2,8	2,7	2,1	1,0	2,6	-1,3	0,6	0,3	
Kleidung, Schuhe	0,3	4,7	7,0	0,3	0,1	-3,7	3,5	0,4	-3,2	-0,6	-1,9	
Wohnungsmieten ²⁾	2,3	2,2	2,3	2,2	2,4	2,4	0,6	0,6	0,5	0,6	0,5	
Haushaltsenergie ³⁾	-0,5	8,9	-4,3	-3,5	-2,8	8,3	0,1	-9,8	0,5	6,8	11,1	
Haushaltsführung	3,9	5,4	7,6	2,4	4,7	1,5	2,3	1,9	-2,6	2,8	-0,5	
Gesundheits- u. Körperpflege	4,9	3,4	5,6	4,6	4,9	4,6	1,4	1,9	0,4	1,4	1,0	
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	1,6	5,6	5,9	1,3	1,5	-1,7	1,6	-0,6	-0,7	1,2	-1,7	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	3,6	4,6	8,4	1,4	3,4	1,9	2,5	1,9	-3,5	2,8	0,8	
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	3,1	5,8	3,1	2,7	3,6	3,1	1,0	0,1	1,1	1,3	0,8	
Privater Verbrauch ⁵⁾	2,5	4,7	5,3	1,4	2,5	1,2	1,8	0,5	-1,6	1,8	0,4	
Preisentwicklung ⁶⁾ : Veränderung in vH gegenüber												
Vorjahr												
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	0,2	-0,8	-0,1	-1,4	1,2	1,2	-0,2	0,0	-0,8	1,9	0,1	
Kleidung, Schuhe	1,4	1,3	1,4	1,5	1,3	1,4	0,2	0,4	0,5	0,1	0,3	
Wohnungsmieten ²⁾	2,5	1,9	1,9	2,1	2,6	3,4	0,5	0,5	0,6	0,9	1,3	
Haushaltsenergie ³⁾	-2,0	-2,4	-1,6	1,1	-0,9	-5,8	-0,3	2,2	0,6	-3,1	-5,4	
Haushaltsführung	1,3	1,1	1,4	1,4	1,1	1,5	0,0	0,5	0,3	0,2	0,5	
Gesundheits- u. Körperpflege	1,7	1,2	1,1	1,7	1,7	2,3	0,5	0,1	0,8	0,4	1,0	
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	1,1	2,8	1,4	-0,1	1,8	1,6	0,4	-0,2	0,5	0,8	0,6	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	0,9	0,7	1,2	0,6	0,5	1,1	0,2	0,3	-0,2	0,3	0,7	
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	3,5	3,2	4,0	4,0	3,0	3,0	0,6	1,0	0,7	0,5	0,6	
Privater Verbrauch ⁵⁾	1,3	0,9	0,9	1,3	1,5	1,6	0,0	0,3	0,9	0,1	0,3	
Vorquartal												
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	0,2	-0,8	-0,1	-1,4	1,2	1,2	-0,2	0,0	-0,8	1,9	0,1	
Kleidung, Schuhe	1,4	1,3	1,4	1,5	1,3	1,4	0,2	0,4	0,5	0,1	0,3	
Wohnungsmieten ²⁾	2,5	1,9	1,9	2,1	2,6	3,4	0,5	0,5	0,6	0,9	1,3	
Haushaltsenergie ³⁾	-2,0	-2,4	-1,6	1,1	-0,9	-5,8	-0,3	2,2	0,6	-3,1	-5,4	
Haushaltsführung	1,3	1,1	1,4	1,4	1,1	1,5	0,0	0,5	0,3	0,2	0,5	
Gesundheits- u. Körperpflege	1,7	1,2	1,1	1,7	1,7	2,3	0,5	0,1	0,8	0,4	1,0	
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	1,1	2,8	1,4	-0,1	1,8	1,6	0,4	-0,2	0,5	0,8	0,6	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	0,9	0,7	1,2	0,6	0,5	1,1	0,2	0,3	-0,2	0,3	0,7	
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	3,5	3,2	4,0	4,0	3,0	3,0	0,6	1,0	0,7	0,5	0,6	
Privater Verbrauch ⁵⁾	1,3	0,9	0,9	1,3	1,5	1,6	0,0	0,3	0,9	0,1	0,3	

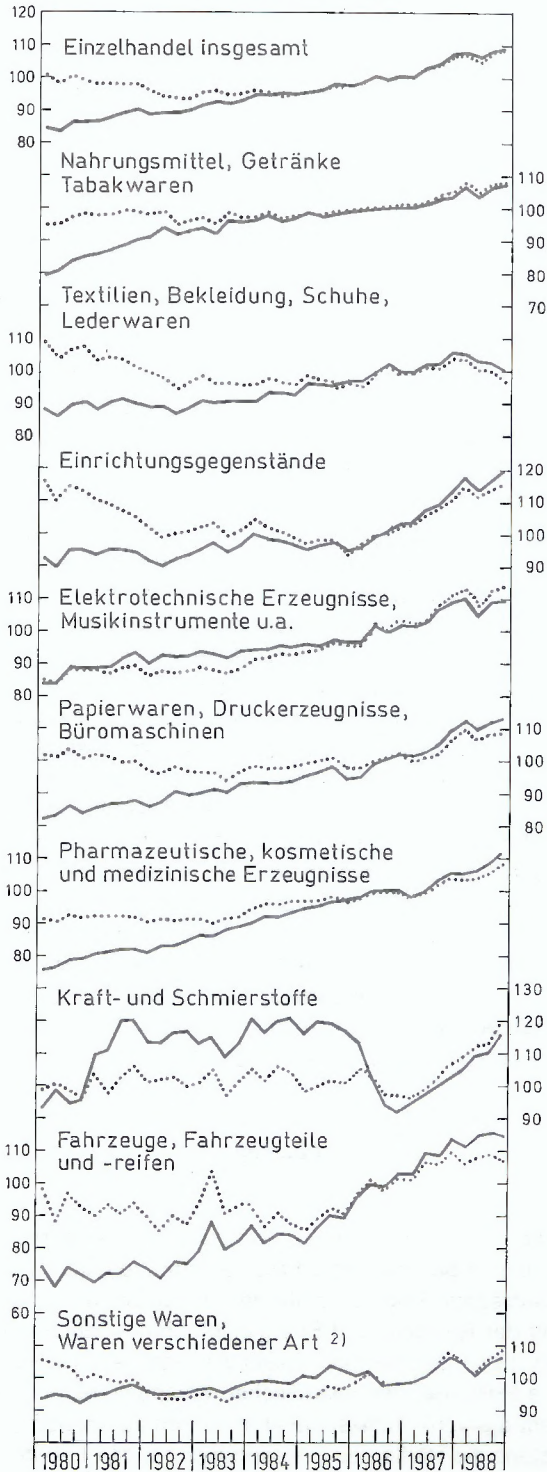
1) Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — 2) Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen. — 3) Elektrizität, Gas, Brennstoffe. — 4) Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Banken, der Versicherungen u.a. — 5) Der private Verbrauch setzt sich zusammen aus den nach Verwendungszwecken unterteilten Käufen der privaten Haushalte im Inland (Inlandskonzept der VGR), dem Eigenverbrauch der Organisationen ohne Erwerbszweck und dem sogenannten Reisesaldo, d.h. dem privaten Verbrauch von Inländern in der übrigen Welt abzüglich des privaten Verbrauchs von Gebietsfremden im Inland. — 6) Auf der Basis 1980 = 100, Preisentwicklung nach VGR. — 7) Vorläufige Berechnung des DIW. — 8) Nach dem Berliner Verfahren (BV3). Die absoluten Werte wurden gerundet.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes. Vierteljährliche Aufteilung nach Verwendungszwecken: Berechnung des DIW. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

UMSÄTZE IM EINZELHANDEL 1986 = 100

saisonbereinigte ¹⁾ Vierteljahreswerte

— zu jeweiligen Preisen
..... zu Preisen von 1980



¹⁾ Nach dem Berliner Verfahren (BV 3). — ²⁾ Warenhäuser; Brennstoffhandel; Einzelhandel mit Uhren und Schmuck, Spielwaren, Sportartikeln, Foto- und optischen Erzeugnissen u. a.

DIW 89

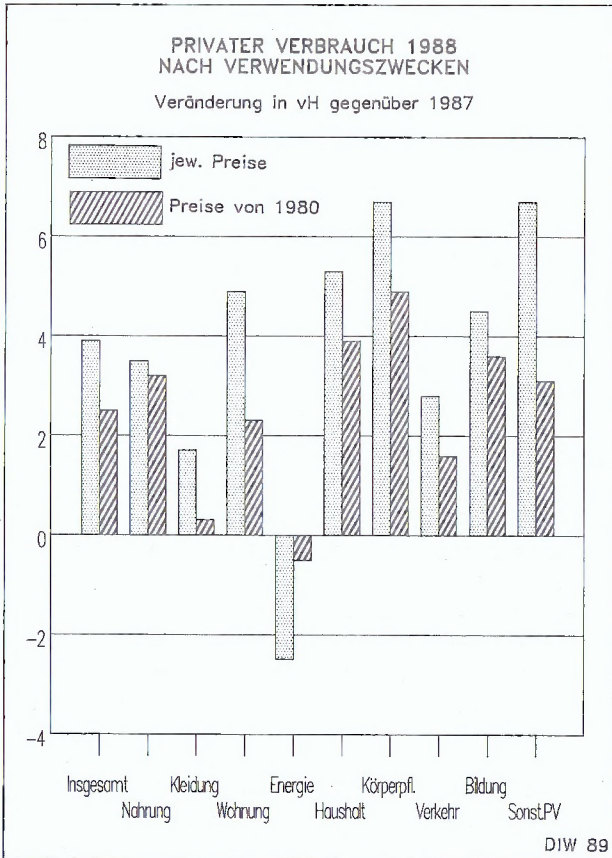
diesen Energieträger erspart. Zwar wurde das Heizöl zum Jahresende hin spürbar teurer, doch errechnen sich für das Quartal im Durchschnitt um 15 vH niedrigere Preise als zur entsprechenden Vorjahreszeit. Da auch Strom und Gas etwas billiger waren, blieb der durchschnittliche Preis für Haushaltsenergie um 6 vH unter dem Vorjahresniveau. Deshalb hatte die starke reale Mehrnachfrage Mehrausgaben in weit geringerem Ausmaß zur Folge. Nach der steilen Abwärtsbewegung Anfang 1988 führte der markante Anstieg zum Jahresende in der Rechnung für 1988 weitgehend zu einem Ausgleich; die Nachfrage weist sowohl dem Werte nach als auch real einen leichten Rückgang aus.

Das hohe Niveau der Nachfrage nach Gütern der *Haushaltsführung* im dritten Jahresviertel konnte in der folgenden Periode real nicht ganz gehalten werden (-0,5 vH). Niedriger als zuvor war insbesondere die Nachfrage nach Haushaltsgroßgeräten (Kühlschränke, Waschmaschinen) und nach Heimtextilien. Dagegen waren Möbel weiterhin stark gefragt. Trotz des schwachen Quartalsergebnisses steht für diesen Verwendungsbereich im Jahr 1988 insgesamt ein kräftiges reales Wachstum von fast 4 vH zu Buche, das deutlich oberhalb der allgemeinen Konsumententwicklung liegt. Vor allem die seit dem Frühjahr 1986 expansiven Möbelkäufe prägten dieses Ergebnis. Für die betreffende Branche war 1988 das bisher beste Jahr in diesem Jahrzehnt; bei Preissteigerungen von etwa 2 vH erzielte der Möbeleinzelhandel 1988 einen realen Umsatzzuwachs von fast 7 vH.

Die Ausgaben für Güter der *Körper- und Gesundheitspflege* stiegen über das ganze Jahr 1988 hinweg relativ gleichmäßig, im Berichtszeitraum aber wegen des stärkeren Preisauftriebs leicht beschleunigt (+2 vH). Für 1988 ergibt sich eine erhebliche Zunahme von knapp 7 vH. Mit einem realen Plus von 5 vH war dieser Verwendungszweck 1988 der wachstumsstärkste Bereich im privaten Verbrauch. Dabei konnte der Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen (realer Umsatzanstieg 4,7 vH) mit den Dienstleistungen der Körper- und Gesundheitspflege etwa Schritt halten.

Lange Zeit ist die allgemeine Verbrauchskonjunktur und die Entwicklung im Verwendungszweck *Verkehr und Nachrichtenübermittlung* von der lebhaften Pkw-Nachfrage geprägt worden. Im Berichtsquartal waren die Neuzulassungen von Personenkraftwagen rückläufig: Gegenüber dem dritten Jahresviertel ist ein Minus von 5 vH zu registrieren, im Vergleich zum aus steuerlichen Gründen allerdings stark überhöhten Vorjahresergebnis sogar ein Rückgang von mehr als 10 vH. Auch wenn andere Nachfragebereiche in diesem Verwendungszweck wie Reparaturen oder Verkehrsdienstleistungen eine günstigere Entwicklung hatten, so blieb das Gesamtergebnis doch um real knapp 2 vH unter dem des Vorquartals.

Auch in der Jahresrechnung 1988 schlägt sich die nachlassende Automobilkonjunktur nieder, denn nach



dem kräftigen realen Wachstum in den beiden Vorjahren (1986: 8,3 vH, 1987: 5,8 vH) expandierte der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung real nur noch mit 1,6 vH. Bei den Kraftfahrzeugen konnte der mengenmäßige Rückgang (Neuzulassungen -3,9 vH) aber durch die Erhöhung der Durchschnittspreise um rund 7 vH — insbesondere aufgrund des gestiegenen Anteils höherwertiger Fahrzeuge — mehr als wettgemacht werden.

Die Entwicklung der realen Nachfrage im Verwendungszweck *Bildung, Unterhaltung, Freizeit* blieb im Berichtszeitraum aufwärtsgerichtet, mit einer Rate von knapp 1 vH jedoch in schwächerem Tempo als im Quartal zuvor. Dieses Ergebnis wurde von höchst unterschiedlichen Branchenkonjunkturen geprägt. Allen voran ist der Spielwareneinzelhandel zu nennen, dem eine überaus lebhaft Nachfrage zu einem preisbereinigten Umsatzplus von 18 vH gegenüber dem dritten Jahresviertel verhalf. Vermehrt wurden auch Büromaschinen gekauft (6 vH). Dagegen gelang es dem Sportartikeleinzelhandel nicht ganz, den Umsatz vom Vorquartal wieder zu erreichen (-1,2 vH); sein Geschäft litt vor allem unter dem „grünen Winter“.

In der Bilanz für 1988 zählt dieser Verwendungszweck mit einem realen Wachstum von 3,6 vH zu den Stützen der Konsumkonjunktur. In der Betrachtung nach Branchen ergibt sich eine ähnliche Rangfolge wie für das Jah-

resendquartal. Wiederum mit vorn steht der Spielwareneinzelhandel mit einem realen Umsatzzuwachs von 10 vH, allerdings noch übertroffen vom Büromaschinenhandel (13 vH), der insbesondere von dem guten Geschäft in der ersten Jahreshälfte profitierte; in diesem Ergebnis schlagen sich auch die zunehmenden Käufe von Computern für den privaten Gebrauch nieder. Der Markt mit Unterhaltungselektronik war 1988 ebenfalls kräftig in Bewegung, wie der preisbereinigte Umsatzanstieg des Radio- und Fernseheinzelhandels von gut 6 vH deutlich macht; gefragt waren hier besonders CD-Plattenspieler und Videokameras. Wegen des anhaltenden Preisdrucks in diesem Bereich fiel die wertmäßige Zunahme um 2 Prozentpunkte geringer aus. Ebenfalls überdurchschnittlich expandierte die Nachfrage nach Fotoartikeln (real 4,5 vH), während die nach Sportartikeln (+1 vH) auch über das ganze Jahr gerechnet gedämpft blieb.

Der recht gleichmäßige Nachfrageverlauf im Verwendungszweck *persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen* wurde auch im letzten Jahresviertel nicht unterbrochen; abermals ergab sich ein reales Plus von rund 1 vH. Wie schon in den Quartalen zuvor war der wertmäßige Anstieg deutlich höher (1,5 vH). Das Jahresergebnis 1988 ist gekennzeichnet durch eine kräftige Zunahme der Ausgaben um fast 7 vH, hinter der das reale Wachstum (3 vH) merklich zurückblieb. Getragen wurde die nominale Expansion vor allem von der Nachfrage nach Dienstleistungen von Banken und Versicherungen (8 vH); wegen des erheblichen Preisanstiegs bei diesen Dienstleistungen — im Durchschnitt um mehr als 5 vH — war die reale Ausweitung weit schwächer. Auch die rege Reisetätigkeit im Inland ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen; die Ausgaben für Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes waren um 7 vH höher als 1987. Demgegenüber expandierten die Ausgaben für Auslandsreisen mit rund 4 vH wesentlich langsamer. Bei den Gütern der persönlichen Ausstattung waren in erster Linie Uhren und Schmuck gefragt, wie die kräftige reale Absatzsteigerung des entsprechenden Einzelhandelszweiges von etwa 7 vH erkennen läßt.

Ausblick

Die Konsumententwicklung zu Beginn dieses Jahres war von einem beschleunigten Preisanstieg geprägt, zu dem verschiedene Faktoren beitrugen. So spielte die Verteuerung der Rohstoff- und Energieeinfuhren — auch beeinflusst durch die Wechselkursentwicklung — eine wesentliche Rolle. Bei den inländischen Komponenten sind vor allem die Verbrauchssteuererhöhungen zu nennen. Mindestens die Hälfte des Preissprungs bei den Lebenshaltungskosten von Dezember auf Januar — von 1,6 vH auf 2,6 vH im Vorjahresvergleich — ist auf die Steuererhöhungen bei Benzin, Heizöl, Versicherungen u.a. sowie auf Kostensteigerungen aufgrund des Gesundheits-Reform-

gesetzes (Rezeptgebühren) zurückzuführen. Auch wenn damit der stärkere Preisauftrieb zu einem großen Teil auf „Einmaleffekten“ beruht, signalisieren die dem Verbrauch vorgelagerten Stufen jedoch eine insgesamt steigende Tendenz; der Index der Großhandelspreise z.B. lag im Januar um 5,1 vH über dem Vorjahresstand. Für die Konsumenten bedeutet dies einen geringeren Kaufkraftzuwachs als im Vorjahr, zumal auch die nominalen Einkommensverbesserungen der Arbeitnehmer durch die nun wieder voll greifende Steuerprogression abgeschwächt werden³.

Die jüngste Entwicklung des Konsumklima-Index⁴ spiegelt diese Situation recht deutlich wider. Vor allem bei der Bewertung der eigenen finanziellen Verhältnisse war das Urteil der Konsumenten schlechter als vorher. Allerdings wirkte sich dies noch nicht auf die Anschaffungsbereitschaft für langlebige Gebrauchsgüter aus, die im Zusammenhang mit einer zurückgehenden Sparneigung zuletzt sogar wieder gewachsen ist. Auch das Vertrauen der Verbraucher in die konjunkturelle Entwicklung blieb fest, so daß von einem insgesamt stabilen Konsumklima gesprochen werden kann.

Die bisher vorliegenden Daten für dieses Jahr zeichnen — abgesehen von der Preisentwicklung — kein ungünstiges Bild. Im Januar war der reale Einzelhandelsumsatz um gut 4 vH höher als im gleichen Vorjahresmonat, doch ist dieses Ergebnis durch Basiseffekte überzeichnet⁵. Auch in den kommenden Monaten wird hier überwiegend eine gute Geschäftslage erwartet; entsprechend war die Orderbereitschaft des Handels auf der Frankfurter Frühjahrmesse. So kann für das erste Quartal dieses Jahres, zumal das Ostergeschäft ganz in den März fällt, mit einem weiteren Zuwachs des realen Konsums gerechnet werden.

³ Vgl. Anstieg der Nachfrage in der Bundesrepublik ungebrochen. Die ersten Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das vierte Quartal 1988. Bearb.: Karin Müller-Krumholz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 7/1989, S. 75 ff.

⁴ Berechnet von der Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (Nürnberg) im Auftrag der EG-Kommission.

⁵ Bei den Neuzulassungen von Personenkraftwagen beispielsweise war eine Zunahme von 23,5 vH zu verzeichnen, zurückzuführen auf den drastischen Rückgang im Januar 1988, als viele Käufe aus steuerlichen Gründen auf 1987 vorgezogen worden waren.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 89 **Lehre und Berufsausübung.** Eine Längsschnittuntersuchung für Berlin (West). Von Klaus-Peter Gaulke und Detlef Filip unter Mitarbeit von Hans M. Duseberg. 122 S. 1986. DM 42,—.
- Heft 90 **Analyse der Rahmenbedingungen für energiesparende Investitionen im Mietwohnbereich.** Von Bernd Bartholmai, Eckhard Casser und Dieter Vesper. 276 S. 1986. DM 86,—.
- Heft 91 **Regionale Besonderheiten der Preisbildung und Ansätze zur Förderung des Wettbewerbs auf dem Berliner Baustoffmarkt.** Von Peter Ring. 188 S. 1986. DM 68,—.
- Heft 92 **/ I Industriepolitik im westlichen Ausland — Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Allgemeiner Teil.** Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Erik Svindland und Joachim Volz. 270 S. 1987. DM 58,—.
- Heft 92 **/ II Industriepolitik im westlichen Ausland — Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Länderberichte.** Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Erik Svindland und Joachim Volz. 332 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 93 **An der Schwelle zum Beruf — Erfahrungen und Erwartungen von Prüfungsteilnehmern zu betrieblichen Berufsausbildung in Berlin (West).** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 236 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 94 **Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesländer in den siebziger und achtziger Jahren — eine vergleichende Analyse —.** Von Kurt Geppert, Bernd Görzig, Wolfgang Kirner, Erika Schulz, Dieter Vesper (DIW), unter Mitarbeit von Johannes Bröcker (Universität Kiel). 548 S. 1987. DM 112,—.
- Heft 95 **Die Glasindustrie — ein Branchenbild.** Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 364. S. 1987. DM 88,—.
- Heft 96 **Verkehrsverhalten im Vergleich — Personenverkehr in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1976 und 1982 nach Verkehrsarten, Zwecken, Entfernungsstufen, Gemeindetypen und Bevölkerungsgruppen.** Von Jutta Kloas und Hartmut Kuhfeld. 177 S. 1987. DM 59,60.
- Heft 97 **Die Einkommenslage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1973 und 1981.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Bernd Freitag und Gerhard Göseke. 490 S. 1987. DM 98,—.
- Heft 98 **Förderung von Innovationen und Arbeitsplätzen im Rahmen der Berliner Strukturprogramme — Eine Erfolgskontrolle.** Von Kurt Hornschild und Uwe Müller. 276 S. 1987. DM 78,—.
- Heft 99 **Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.7.1983 auf volkswirtschaftliche Gesamtaggregate sowie Haushalte unterschiedlicher Einkommensstruktur.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Dieter Teichmann und Rudolf Zwiener. 239 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 100 **Simulation gesamtwirtschaftlicher Perspektiven mit einem ökonometrischen Modell für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Jürgen Blazejczak. 418 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 101 **Entwicklungshilfe, Ausfuhr und Beschäftigung — Eine empirische Untersuchung aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dieter Schumacher. 178 S. 1988. DM 59,60.
- Heft 102 **SO₂- und NO_x-Emissionen in der DDR 1982.** Von Jochen Bethkenhagen, Rainer Hopf, Manfred Melzer, Cord Schwartau und Doris Cornelsen (Projektleitung). 530 S. 1988. DM 112,—.
- Heft 103 **Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum — Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft.** Strukturberichterstattung 1987. 312 S. 1988. DM 82,—.
- Heft 104 **Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 172 S. 1988. DM 58,—.
- Heft 105 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Kurt Geppert und Bernd Görzig. 212 S. 1988. DM 68,—.
- Heft 106 **Berufsstart in Berlin.** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 250 S. 1988. DM 76,—.
- Heft 107 **Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor.** Von Frank Stille, Renate Filip-Köhn, Heiner Flassbeck, Bernd Görzig, Erika Schulz und Reiner Stäglin. 235 S. 1988. DM 74,—.
- Heft 108 **Investitionen, Beschäftigung und Produktivität.** Zu den Arbeitsplatzeffekten einer verstärkten Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund sektoraler Entwicklungen. Von Bernd Görzig, Jürgen Blazejczak, Gustav Adolf Horn, Wolfgang Kirner, Erika Schulz und Frank Stille. 265 S. 1988. DM 78,—.
- Heft 109 **Zukünftiger Finanzbedarf für die Verkehrswege in Städten und Gemeinden unter besonderer Berücksichtigung von Ersatzinvestitionen.** Von Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld und Uwe Kunert. 193 S. 1988. DM 66,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer = 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Zur Wirtschaftslage. Westliche Industrieländer: Beeinträchtigt restriktivere Geldpolitik die weitere Konjunkturentwicklung? Bearbeitet von Bernhard Seidel, Manfred Teschner, Joachim Volz. —

Bundesrepublik Deutschland: Gute Konjunktur, aber unsicheres Umfeld. Bearbeitet von Heiner Flassbeck. —
Konsumnachfrage zum Jahresausklang ohne Dynamik. Bearbeitet von Jochen Schmidt.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten